

## Erklärung von Willy Brandt (Erfurt, 19. März 1970)

**Quelle:** Erfurt 19. März 1970, Eine Dokumentation. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1970. 120 S. p. 44-62.

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/erklarung\\_von\\_willy\\_brandt\\_erfurt\\_19\\_marz\\_1970-de-c1a5ff66-10b6-49a3-b307-089877323151.html](http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_willy_brandt_erfurt_19_marz_1970-de-c1a5ff66-10b6-49a3-b307-089877323151.html)

**Publication date:** 02/07/2015

## Erklärung des Bundeskanzlers beim Treffen mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR am 19. März 1970 in Erfurt

Herr Vorsitzender des Ministerrats, meine Herren!

Niemand wird überrascht sein, daß ich vieles ganz anders sehe, als es aus der Sicht der Regierung der DDR vorgetragen wurde. Wir wollen hier nichts verniedlichen. Es käme allerdings auch nichts dabei heraus, wenn wir gegenseitig Rechnungen über die hinter uns liegenden 20 oder 25 Jahre aufmachen wollten. Die Situation gebietet vielmehr, nach solchen Gebieten zu suchen, auf denen es die beiderseitigen Interessen gestatten, Fortschritte für den Frieden und für die Menschen zu erreichen.

Bevor ich mich zur Sache äußere, möchte ich mich für die freundliche Aufnahme bedanken, die Sie uns hier in Erfurt haben zuteil werden lassen. Die sorgfältige Vorbereitung durch unsere Mitarbeiter gewährleistet den korrekten Ablauf unserer Begegnung. Ich würde mich freuen, wenn Sie allen Beteiligten und Helfern in Ihrer Regierung, im Bezirk und in der Stadt Erfurt sagen lassen würden, wie sehr ich ihre Arbeit zu würdigen weiß.

In wenigen Wochen sind 25 Jahre vergangen, seit die nationalsozialistische Gewaltherrschaft im Zusammenbruch des Deutschen Reiches endete. Dieses Ereignis verbindet uns alle, die wir hier am Tische sitzen, was auch sonst uns trennen mag.

Die Welt war erfüllt von dem Grauen über die Untaten, die im deutschen Namen verübt, über die Zerstörungen, die angerichtet worden waren. Für dieses Geschehen haften wir alle, wohin auch immer uns das Schicksal gestellt haben mag. Diese Haftung, für die uns die Welt mit gutem Grund in Anspruch nahm, ist eine der Ursachen für die gegenwärtige Lage in Deutschland.

Aber keine historische Auseinandersetzung bringt uns jetzt weiter. Daß der Weg der deutschen Nation sich teilte, daß er nach 1945 nicht in staatlicher Einheit beschritten werden konnte, mag der einzelne, mögen viele als tragisch empfinden — ungeschehen machen können wir es nicht.

Deshalb habe ich eingangs gesagt: Die Situation gebietet, nach Bereichen zu suchen, in denen es möglich ist, Fortschritte für den Frieden und für die Menschen in Deutschland zu erreichen.

Dieser 19. März kann für alle Deutschen, für die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland wie für die der DDR, ein wichtiger Tag sein. Zum ersten Mal seit Bestehen der beiden Staaten treffen sich die Regierungschefs, um Fragen von gemeinsamem Interesse zu beraten.

Nicht nur der Verstand ist in Anspruch genommen — auch Gefühle schwingen mit, wenn wir hier einander gegenüber sitzen. Wir sind uns auf beiden Seiten sicher auch bewußt, daß unsere Zusammenkunft weit über die Grenzen Deutschlands hinaus große Aufmerksamkeit findet.

Unsere gemeinsame Geschichte ist in den letzten Tagen befragt worden, was Erfurt für die Deutschen schon alles bedeutet hat. Hier war es beispielsweise, wo Napoleon am 2. Oktober 1808 zu Goethe sagte: „Die Politik ist das Schicksal!“

Hier in Erfurt wurde am 20. März 1850 auch der damals letzte Versuch unternommen, Deutschland auf zugleich friedliche und demokratische Weise zu vereinigen.

Für einen Sozialdemokraten liegt es außerdem nahe, an die Rolle zu denken, die das Erfurter Programm des Jahres 1891 für die aufstrebende deutsche Arbeiterbewegung gespielt hat. Wie immer man dieses Programm ideengeschichtlich einordnet — wieviel Unglück wäre dem deutschen Volk, wäre Europa und der ganzen Welt erspart geblieben, wenn sich der Wille zur Demokratie, der Wille zu größerer sozialer Gerechtigkeit und der Wille zum Frieden rechtzeitig durchgesetzt hätten!

Nachdem die Nation dem Untergang geweiht schien, wurde ihr — wenn auch unter sehr unterschiedlichen

Bedingungen — die Chance zum Neubeginn gegeben. Dies gilt für den Wiederaufbau in beiden Teilen Deutschlands. Neue Städte sind aus den Ruinen entstanden. Wirtschaft und Wissenschaft haben einen achtung-gebietenden Stand erreicht.

Die Aufteilung in zwei voneinander getrennte Staatswesen wird weiterhin eine grundverschiedene Bewertung erfahren, je nachdem, ob man sie von der einen oder von der anderen Warte aus betrachtet. Daß man die Auseinanderentwicklung überwiegend als ein Übel betrachtete, wird dadurch deutlich, daß man es für notwendig hielt und hält, der jeweils anderen Seite die Schuld oder die Verantwortung anzulasten.

Deutsche Politik nach 1945 war — bei allen Aufbauleistungen hüben und drüben — nicht zuletzt eine Funktion der Politik der Mächte, die Deutschland besiegt und besetzt hatten. Die Machtkonfrontation zwischen Ost und West überwölbt seitdem die deutsche Situation und teilt Europa. Wir können diese Teilung nicht einfach ungeschehen machen. Aber wir können uns bemühen, die Folgen dieser Teilung zu mildern und aktiv zu einer Entwicklung beizutragen, die sich anschickt, die Gräben zuzuschütten, die uns trennen in Deutschland.

Dabei gehe ich aus von der fortdauernden und lebendigen Wirklichkeit einer deutschen Nation. Ich weiß mich frei von nationalistischen Vorstellungen vergangener Zeiten. Aber ich bin ziemlich sicher, daß die nationalen Komponenten selbst im Prozeß europäischer und internationaler Zusammenschlüsse ihre Geltung nicht verlieren werden. Die starken Bande der gemeinsam erlebten und gemeinsam zu verantwortenden Geschichte, der keiner entfliehen kann, die Bande der Familie, der Sprache, der Kultur und all jener Unwägbarkeiten, die uns Zusammengehörigkeit fühlen lassen, sind eine Realität. Eine Politik, die versuchen würde, dieses Fundament nationaler Existenz zu leugnen oder zu mißachten, wäre nach meiner Überzeugung zum Scheitern verurteilt.

Von dieser Realität gilt es genauso auszugehen wie von der Tatsache, daß in Deutschland, in seinen tatsächlichen Grenzen von 1970, zwei Staaten entstanden sind, die miteinander leben müssen. Hinsichtlich der Bewertung der jeweils anderen Gesellschaftsordnung gibt es zwischen uns tiefgreifende Differenzen. Diese Meinungsverschiedenheiten entheben uns jedoch nicht der Aufgabe, den Frieden in Europa sicherer zu machen und zwischen unseren beiden Staaten — in der Perspektive einer europäischen Friedensordnung — eine geregelte Form friedlicher Koexistenz zu suchen.

Nur wenn wir diese Aufgabe sehen, erhält unsere Begegnung den rechten Sinn. Nur wenn wir sie lösen, können wir vor der Geschichte bestehen. Niemand wird sich in bezug auf die Schwierigkeiten, die ihrer Lösung entgegenstehen, falsche Hoffnungen machen dürfen. Die Bürger unserer Staaten sind realistisch genug, um zu wissen, daß nicht einmal dann, wenn auf beiden Seiten der gleiche Wille vorhanden wäre, die beiden Regierungschefs heute die staatliche Einheit herstellen könnten. Die Weltlage würde dies nicht gestatten, ohne daß eine gefährliche Unruhe hervorgerufen würde.

Aber wir sollten über den Tag hinaus gemeinsam versuchen, die Interessen unserer Staaten und die Interessen der Mächte, mit denen unsere Staaten verbündet sind, so in Einklang zu bringen, daß dies dem Frieden und den Menschen zugute kommt. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen den beiden Staaten auf deutschem Boden ist ja nicht zuletzt deshalb zu beklagen, weil die Beziehungen zwischen den Menschen in den beiden Teilen auf eine Ebene herabgedrückt worden sind, die tief unterhalb der Schwelle liegt, auf der fremde Staaten und ihre Bürger miteinander verkehren. Diese negative Sonderlage gilt es aufzulockern und nach Möglichkeit zu überwinden.

Entspannung statt Spannung, Sicherung des Friedens statt militärischer Konfrontation — dies sind die Ziele meiner Regierung. Und ich weiß, daß ich dabei von den verantwortlichen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland gestützt werde.

Es ist ungewöhnlich, daß unsere heutige Besprechung in der Sache nicht durch Beamte vorbereitet wurde, wie es sonst zwischen Staaten üblich ist, sondern daß wir mit einem Spitzengespräch beginnen. Auch das kennzeichnet die Besonderheit unserer Beziehungen.

Die Probleme, denen wir uns gegenübersehen, sind so groß, daß ohne direkte Kontakte auf Regierungsebene nicht einmal ein Anfang gemacht werden könnte. Bis zum heutigen Tage ist die Spaltung unseres Volkes immer mehr vertieft worden.

An diesem Punkt setzt unsere gemeinsame Verantwortung ein: für das, was wir heute tun oder auch nicht tun, um die Beziehungen der beiden Staaten zueinander zu regeln, können wir nicht mehr die Geschichte im allgemeinen oder Hitler im besonderen verantwortlich machen. Verantwortlich sind wir jetzt selbst.

Meine Mitarbeiter und ich sind ohne die Illusion hierher gekommen, die Auffassungen ließen sich durch freundliches Zureden oder durch die bloße Tatsache, daß wir uns überhaupt treffen, in Übereinstimmung bringen. Wir sehen die prinzipiellen Unterschiede und stellen sie nüchtern fest. Dennoch glaube ich, daß keiner von uns auf den Versuch verzichten sollte, die Auffassungen des anderen so kennenzulernen, daß er sie in seiner eigenen Politik richtig bewerten kann.

Wir müssen von der Lage ausgehen wie sie ist. Es ist offensichtlich, daß die Beziehungen zwischen Ost und West sich nicht wesentlich verbessern können, wenn die Beziehungen im Herzen Europas gestört bleiben. Das bedeutet, daß die beiden Regierungen einen ehrlichen Versuch unternehmen müssen, einen Weg zu finden, der zum Nutzen unserer beiden Staaten, zum Nutzen des deutschen Volkes, zum Nutzen der Sicherheit auf unserem Kontinent gegangen werden muß und gegangen werden kann.

Dabei hoffe ich, daß ich die Bereitschaft der Regierung der DDR finde, den Blick nach vorn zu richten, damit wir nicht zu Gefangenen einer dunklen Vergangenheit werden.

Es ist unbestreitbar, daß es zwischen den Bewohnern unserer beiden Staaten Beziehungen besonderer Art gibt, wie sie zwischen den Bewohnern sonstiger, auch miteinander befreundeter oder verbündeter Staaten nicht bestehen.

Es gibt also Gemeinsamkeiten, die es zwischen anderen Staaten nicht gibt. Auch die Auseinandersetzungen, die wir miteinander austragen, sind von anderer Art als die zwischen fremden Völkern. Sie sind auf die Einheit der Nation bezogen.

Es gibt andere Gemeinsamkeiten. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR sind Mitglieder von Paktsystemen, die — hochgerüstet — auf deutschem Territorium einander gegenüberstehen. Sie tragen dazu bei, daß in Europa ein Gleichgewicht der Kräfte herrscht, welches in den zurückliegenden Jahren den Krieg verhindert hat und heute relative Sicherheit gewährt. Aber wirklicher Friede und Sicherheit können auf die Dauer nur in einer europäischen Friedensordnung gefunden werden, in der mit der Konfrontation der Blöcke auch der Antagonismus der beiden Staaten in Deutschland beendet wird.

Die Bundesregierung betrachtet den Frieden als das höchste Gut. Wir sind uns sicher darin einig, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf. Die beiden deutschen Staaten haben weder das Recht noch die Möglichkeit, durch Gewalt oder Androhung von Gewalt die Ziele zu verfolgen, die ihnen in ihren Verfassungen gestellt sind. Niemals kann ein demokratisches, friedliebendes, einheitliches Deutschland durch Krieg oder Bürgerkrieg hergestellt werden.

Dieses Ziel ist außerdem zwar den Worten nach den beiden deutschen Staaten gemeinsam; seinem Inhalt nach sind Ihre und unsere Vorstellungen jedoch weit voneinander entfernt. Wir stehen zum freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat, wie er im Grundgesetz der Bundesrepublik beschrieben ist. Aber weshalb sollen wir hier über ein Thema streiten, das doch wohl nur die Geschichte beantworten kann! Wir dürfen es allerdings der geschichtlichen Entwicklung nicht unmöglich machen, daß die Gräben, die die Staaten Europas heute trennen, zugeschüttet werden. Wir dürfen es nicht unmöglich machen, daß das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung darüber entscheidet, wie es zusammenleben will.

Über einen weiteren Punkt, der für unsere beiden Regierungen von Bedeutung ist, sollte es ebenfalls keine Unklarheit geben.

Angesichts der Vier-Mächte-Abkommen über Deutschland aus den Jahren nach 1944 können Übereinkünfte zwischen unseren beiden Staaten bestehende Rechte der Vier Mächte weder berühren noch ersetzen. Dies gilt auch für unsere Vereinbarungen mit den Drei Mächten ebenso wie für die der DDR mit der Sowjetunion. Es gilt überhaupt für die von uns eingegangenen bilateralen oder multilateralen Verträge. Diese Abkommen brauchen und sollten uns aber nicht hindern, die Barrieren zwischen uns abzubauen.

Wenn ich auf die Vier-Mächte-Abkommen und auf unsere Vereinbarungen mit den Drei Mächten verweise, so nicht zuletzt wegen Berlin. Ich muß Sie bitten, diese Feststellung sehr ernst zu nehmen. Wir wollen den Status Berlins nicht ändern, solange die deutsche Frage nicht gelöst ist. Ich meine, man kann nicht auf der einen Seite die Anerkennung der Realitäten und auf der anderen Seite eine einseitige Änderung der gegebenen Lage verlangen.

Die Tatsache, daß West-Berlin nicht durch den Bund verwaltet wird, hat die Drei Mächte nicht daran gehindert, der Bundesregierung bestimmte Aufträge zu geben, z. B. West-Berlin nach außen zu vertreten oder für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Landes Berlin zu sorgen. Tatsächlich unterscheidet sich West-Berlin in wirtschaftlicher, finanzieller, rechtlicher und kultureller Hinsicht nicht von der BRD; Berlin gehört insoweit voll mit uns zusammen. Weder die Drei Westmächte, noch die BRD, noch die unmittelbar betroffenen Berliner wären mit einer Änderung des von den Vier Mächten festgesetzten Status von Berlin einverstanden, die zu einer Änderung dieser Bindungen führen würde.

Es ist Sache der Vier Mächte, zu entscheiden, wie sie ihre oberste Gewalt in Berlin ausüben wollen. Wenn eine Verständigung zwischen ihnen über eine Verbesserung der gegenwärtigen Lage erfolgt, würde die Bundesregierung dies begrüßen.

Jedenfalls möchte ich keinen Zweifel lassen: für meine Regierung sind Bemühungen zur Normalisierung und Entspannung in der Mitte Europas untrennbar verbunden mit Entspannung und Normalisierung der Situation in und um Berlin.

Ich möchte nun ganz gewiß nicht der Tatsache ausweichen, daß der Vorsitzende des Staatsrates der DDR unserem Bundespräsidenten am 18. Dezember vergangenen Jahres den Entwurf eines Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen unseren Staaten übermittelt hat. Die Bundesregierung hat sich seitdem mit der Prüfung der Gegenstände des Vertragsentwurfs befasst. Allerdings halten wir wenig davon, Vertragsentwürfe zu publizieren, bevor man über die darin enthaltenen Punkte überhaupt in ein Gespräch gekommen ist. Die Haltung der Bundesregierung war davon bestimmt, zu versuchen, zunächst in einen Meinungsaustausch einzutreten. Deshalb hat sie keinen Gegenentwurf vorgelegt.

Ziel dieses Meinungsaustausches soll es sein, festzustellen, ob wir in Verhandlungen eintreten können, an deren Ende vertragliche Regelungen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR stehen. Dabei ist es für meine Regierung selbstverständlich, daß ein Vertrag oder ein Abkommen zwischen uns die gleiche Verbindlichkeit haben muß, wie jedes Abkommen, das unsere Regierungen mit dritten Staaten schließen.

Meine Vorstellungen über Art und Gegenstand der zwischen unseren Regierungen zu führenden Verhandlungen hatte ich Ihnen, Herr Vorsitzender, bereits in meinem Schreiben vom 22. Januar 1970 mitgeteilt. Erlauben Sie mir, noch einmal die Grundsätze zu bestätigen, von denen sich die Bundesregierung leiten läßt und die ich Ihnen seinerzeit übermittelt hatte:

1. Beide Staaten haben ihre Verpflichtung zur Wahrung der Einheit der deutschen Nation. Sie sind füreinander nicht Ausland.
2. Im übrigen müssen die allgemein anerkannten Prinzipien des zwischenstaatlichen Rechts gelten, insbesondere der Ausschluß jeglicher Diskriminierung, die Respektierung der territorialen Integrität, die Verpflichtung zur friedlichen Lösung aller Streitfragen und zur Respektierung der beiderseitigen Grenzen.
3. Dazu gehört auch die Verpflichtung, die gesellschaftliche Struktur im Gebiet des Vertragspartners nicht gewaltsam ändern zu wollen.

4. Die beiden Regierungen sollten eine nachbarschaftliche Zusammenarbeit anstreben, vor allem die Regelung der fachlich-technischen Zusammenarbeit, wobei gemeinsame Erleichterungen in Regierungsvereinbarungen festgelegt werden können.
5. Die bestehenden Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin sind zu respektieren.
6. Die Bemühungen der Vier Mächte, Vereinbarungen über eine Verbesserung der Lage in und um Berlin zu treffen, sind zu unterstützen.

Am 22. Januar habe ich Ihnen, Herr Vorsitzender, insbesondere vorgeschlagen, daß wir uns über den gegenseitigen Gewaltverzicht verständigen sollten. Grundlage unseres Verhältnisses sollte demnach die gemeinsame Erklärung sein, daß unsere beiden Staaten sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in Fragen der Gewährleistung der europäischen und der internationalen Sicherheit von den allgemeinen Prinzipien und Zielen der Satzung der Vereinten Nationen leiten lassen. Demgemäß dürfen wir unsere Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen wollen. Wir müßten auch die Verpflichtung übernehmen, uns in Fragen der europäischen Sicherheit sowie in unseren beiderseitigen Beziehungen gemäß Art. 2 der Satzung der Vereinten Nationen der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten.

Die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten auf eine vertragliche Grundlage zu stellen, wäre eine große Sache für Europa und würde sicher das Zustandekommen einer Konferenz fördern, die der Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit in und für Europa gewidmet sein sollte.

In dem Entwurf des Vorsitzenden des Staatsrats ist ein Punkt enthalten, der sich mit der Stellung unserer beiden Staaten in internationalen Organisationen befaßt. Meinerseits habe ich bereits in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 festgestellt, daß die Bundesregierung beabsichtige, in den Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organisationen verstärkt mitzuarbeiten. Ich habe weiter gesagt, daß unsere und unserer Freunde Einstellung zu den internationalen Beziehungen der DDR nicht zuletzt von der Haltung der Regierung der DDR selbst abhängt.

Ich schlage vor, daß wir im weiteren Verlauf unserer Begegnungen und gemäß dem Fortschritt unserer Gespräche auch auf diese Fragen zu sprechen kommen.

Fortschritte in dieser Hinsicht würden dazu dienen, die Leistungskraft unserer Landsleute, unserer Wirtschaft und unserer Wissenschaft mehr als bisher dem Frieden, der Entwicklung und dem Kampf gegen den Hunger in vielen Teilen der Welt nutzbar zu machen.

Um in diesem Sinne wirksam helfen zu können, sollten wir auch eine ausgewogene Beschränkung der Streitkräfte und der Rüstungen in Ost und West anstreben. Wir Deutsche sollten beispielhaft sein bei den Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle, und wir sollten die Kraft aufbringen, bei voller Loyalität gegenüber unseren Bündnissen in einen konstruktiven Wettbewerb einzutreten.

Alle Bemühungen um die Förderung friedlicher Beziehungen in der Welt sind nur dann glaubhaft und überzeugend, wenn wir unter uns und für unsere Bürger Frieden schaffen. Zur Normalisierung der Beziehungen genügen nicht allein förmliche Dokumente; die Menschen hüben und drüben müssen von der Normalisierung etwas haben. Hier bietet sich ein weites Feld, das ich nur andeutungsweise abstecken möchte. Einzelheiten werden künftigen Begegnungen und sicher auch eingehenden Beratungen auf anderer Ebene vorbehalten bleiben müssen.

Ich denke vor allem und in erster Linie an menschliche Not, der wir abhelfen sollten, soweit es in unserer Macht steht. Um zwei Beispiele zu nennen: Wo Kinder noch nicht mit ihren Eltern vereint sind, sollten wir Wege finden, sie zusammenkommen zu lassen. Wo Verlobte diesseits und jenseits der Grenze aufeinander warten, sollten wir ihnen die Heirat ermöglichen.



Mit Genugtuung stelle ich fest, daß die Abwärtsentwicklung im Handel aufgefangen werden konnte. Wir sollten unsere zuständigen Behörden beauftragen, sich mit den positiveren Daten der letzten anderthalb Jahre nicht zufriedenzugeben. Auch sollten wir auf den Gebieten der Wirtschaft und der Technik einen wesentlich stärkeren Austausch anstreben.

Dies gilt auch für andere Gebiete. Im Straßenverkehr sollten wir eine sinnvolle Abstimmung des Fernstraßenbaus mit den Planungen unserer und anderer Länder vornehmen und die Eröffnung weiterer Grenzübergänge und andere Erleichterungen der Kommunikation herbeiführen. Eine Beschleunigung des Reisezugverkehrs, die Schaffung eines einheitlichen Frachtrechts mit durchgehenden Tarifen und eine Verbesserung der technischen Kontakte zwischen den Eisenbahnverwaltungen erscheint wünschenswert. Auch auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt sind Verbesserungen möglich. Im Interesse verbesserter Verbindungen zwischen Einzelpersonen und Firmen mit ihren Partnern im jeweils anderen Teil Deutschlands sollten wir Vereinbarungen treffen, um den Telefon-, Telegramm- und Fernschreibverkehr zu verstärken, auch andere Einrichtungen des Fernmeldewesens besser zu nutzen und die Schwierigkeiten im Verrechnungsverkehr zu überwinden.

Schließlich denke ich an zahlreiche praktische und administrative Probleme, die sich aus dem Ziehen der Grenzlinie ergeben haben und wo örtliche Probleme zu lösen sind.

Es wäre gewiß ein Fortschritt, wenn wir zwischen den beiden Staaten in Deutschland und in Berlin jedenfalls soviel an Besuchsmöglichkeiten, an Kulturaustausch, an sportlichen Begegnungen erreichen könnte wie es sie beispielsweise zwischen der Bundesrepublik Deutschland und verschiedenen Staaten Osteuropas heute schon gibt.

Dies wäre allerdings erst ein bescheidener Anfang. Nur: Wir müssen ja überhaupt erst einmal anfangen, wenn wir es mit einer Normalisierung ernst meinen und wenn Verträge nicht eine leere Schale bleiben sollen.

Darüber hinaus sage ich in aller Offenheit: In meiner Vorstellung muß eine wirkliche Normalisierung zur Überwindung innerdeutscher Grenzverhaue und Mauern beitragen. Sie symbolisieren die beklagenswerte Besonderheit unserer Lage. Daran läßt sich von heute auf morgen vermutlich nichts ändern. Es muß aber Ziel und Sinn unserer Bemühungen sein, Fortschritte zu erzielen, die mehr Freizügigkeit bringen und den Menschenrechten Raum schaffen. Wir werden jedenfalls unsere Auffassung hierzu weiter vertreten.

Ich gehe davon aus, daß unsere Beziehungen auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung und der Gleichberechtigung errichtet werden müssen. Niemand von uns kann für den anderen handeln, keiner von uns kann den anderen Teil Deutschlands draußen vertreten. Dies ist das Ergebnis einer Entwicklung, die wir — mit welchen Gefühlen auch immer — erkennen.

Als Zielvorstellung müssen beide Staaten in Deutschland ein besonderes enges Verhältnis anstreben, auch wenn es zunächst schon ein Fortschritt wäre, überhaupt zu Beziehungen zu kommen, wobei ich die Orientierungspunkte im Auge behalten werde, die ich in meiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 14. Januar dieses Jahres aufgezählt habe.

Keiner darf den anderen bevormunden wollen. Ich bin nicht hierher gekommen, um die Abschaffung irgendwelcher Bindungen der DDR oder irgendwelcher Gesellschaftsformen zu fordern. Ebenso wenig denke ich daran, entsprechende Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland zu akzeptieren.

Herr Vorsitzender!

Ich möchte gerne im weiteren Verlauf unserer heutigen und späteren Unterhaltungen auf eine Reihe wichtiger Einzelfragen zu sprechen kommen, die Sie in der Darlegung des Standpunktes der Regierung der DDR hier vorgetragen haben, ebenso wie ich Sie bitten muß, das, was ich vorgetragen habe, sorgfältig zu prüfen.

Nur eines muß ich schon bei dieser Gelegenheit sagen dürfen: wenn ich nicht im einzelnen widerspreche, so gehen Sie sicher mit mir davon aus, daß ich mich Ihrer Beurteilung verschiedener Aspekte der innenpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, der Beurteilung einzelner politischer Gruppierungen und Persönlichkeiten, daß ich mich auch der Analyse, die Sie in bezug auf die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und das Entstehen der beiden Staaten in Deutschland gezogen haben, überwiegend nicht anschließe.

Ich kann mir auch nicht zu eigen machen, was Sie über die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Atlantischen Bündnisses eben ausgeführt haben und insbesondere über die spezifische und individuelle Rolle, die Sie dabei meinem Freund Helmut Schmidt, dem Verteidigungsminister der Bundesrepublik, und einem meiner Stellvertreter als Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei zuschreiben oder zumuten.

Es ist so: Wir treiben keine Verteidigungspolitik der Aggression. Wir sind ein loyaler Partner des Bündnisses, zu dem wir gehören, so wie Sie es auf Ihrer Seite sind. Und für beide Seiten ergeben sich insoweit nur Änderungen, wenn es zwischen West und Ost zwischen den Bündnissen mit Wirkung auf Europa zu Veränderungen kommt. Und ich hoffe, daß es zu solchen kommt.

Sie hatten gesagt, Herr Vorsitzender, was ich aus Ihrer Sicht verstehe, daß man sich auf die allgemeinen und prinzipiellen Fragen konzentrieren und sich nicht in zweit- und dritrangige Fragen verlieren sollte. Ich habe — ich werde noch ein paar zusätzliche Ausführungen zu machen haben — aus meiner Sicht nebeneinandergestellt allgemeine und prinzipielle Fragen und praktische Fragen, von denen jede einzelne gewiß nicht das Gewicht hat, wie die prinzipiellen. Aber die Zusammenfügung ergibt viel für beide Teile, und zwar nicht in einem innerdeutschen Sinn, der dem widersprechen würde, was ich gerade gesagt habe und was ich aus diesem Anlaß noch einmal unterstreichen darf: nämlich, daß unsere Beziehungen auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung und der Gleichberechtigung beruhen sollen, daß niemand für den anderen handeln kann, daß keiner von uns den anderen Teil Deutschlands draußen vertreten kann. Insofern können Sie ebensogut statt innerdeutsche zwischendeutsche Beziehungen sagen, Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland.

Sie haben nun konkret an zwei Stellen gefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei. Ich habe gesagt: wir sind bereit, festzustellen, ob die Zeit gekommen ist — ich hoffe sie ist gekommen — zu Verhandlungen und ich füge jetzt bewußt hinzu, über alles, was dazu die eine oder die andere Seite auf den Tisch gelegt hat oder noch im Laufe unserer Gespräche auf den Tisch legen wird.

Ich habe von den Verfassungen unserer beiden Staaten gesprochen, die in der Perspektive auf ein einheitliches Deutschland konzipiert sind. Dies gilt auch für die Verträge, die die Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die DDR abgeschlossen hat. In unserem Vertrag mit den Drei Westmächten ist ebenso wie in Ihrem Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion die staatliche Einheit als Möglichkeit enthalten. Es gibt sogar auf beiden Seiten eine Reihe von Formulierungen, die in diesem Zusammenhang von einem Ziel sprechen. Dabei muß völlig klar sein, daß sich weder in den Verträgen noch in den Absichten und Zielen an dieser auf das Selbstbestimmungsrecht bezogenen Perspektive etwas ändern wird.

Schon aus diesen Gründen bin ich der Überzeugung, daß sowohl der Begriff völkerrechtliche Anerkennung als auch der Begriff der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten nicht das trifft, worum es bei der Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR geht.

Vielmehr wird jeder der beiden Staaten die gleichen Verpflichtungen zu übernehmen haben, das zu respektieren, was in der Kompetenz jeder der beiden Regierungen auf ihrem Territorium geregelt ist. Dazu gehört dann auch, daß diffamierende Angriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland und ihre führende Persönlichkeiten unterbleiben. Auch dies ist ein Teil der Nichtdiskriminierung zwischen unseren Staaten. Die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung dürfen nicht unser Ziel berühren, dem eigentlichen Souverän, dem deutschen Volk, eines Tages zur Geltung zu verhelfen.

Herr Vorsitzender, aus Ihren Ausführungen und aus meinen Darlegungen ergibt sich, daß wir allenfalls am



Anfang eines langen und mühseligen Weges stehen. Aber auch ein Zweites kann sich ergeben: daß wir trotz allem was war und trotz allem, was uns trennt, bereit sind, uns auf diesen Weg zu begeben. Wir können das Trennende nicht außer acht lassen. Wir sollten aber die Fragen in den Vordergrund rücken, in denen eine Einigung möglich sein könnte.

Daß wir heute zunächst vorbereitende Erklärungen abgaben, ist verständlich angesichts der außergewöhnlichen Umstände, die die Regierungschefs zweier Staaten in Deutschland zum ersten Mal zusammengeführt haben. Wir sollten jedoch nunmehr unserem Meinungsaustausch jene vertraulichere Form geben, die nach aller Erfahrung im Interesse der Sache liegt und den Anschein vermeidet, als solle nur zum Fenster hinaus geredet werden. Ich würde es begrüßen, wenn wir bereits am heutigen Nachmittag nach dieser Methode verfahren könnten. Wir würden uns damit übrigens auch dem Stil anpassen, der für den Meinungsaustausch der Regierung der Sowjetunion und der Regierung der Volksrepublik Polen mit der Bundesregierung maßgebend ist.

Bevor ich zum Abschluß komme, möchte ich Sie, Herr Vorsitzender, einladen, demnächst in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen, um das heutige Gespräch fortzusetzen.

Auf das weitere Vorgehen möchte ich am Nachmittag zu sprechen kommen. Lassen Sie mich jetzt nur soviel sagen: nachdem wir uns heute ausgesprochen haben, sollten wir Beauftragte benennen, die — unterstützt von einigen Mitarbeitern — bis zu unserer zweiten Zusammenkunft — ich denke an Anfang Mai — auswerten, was von beiden Seiten an Vorschlägen unterbreitet worden ist. Sie sollten außerdem einen Katalog der zu prüfenden Fragen aufstellen, über den uns bei der zweiten Zusammenkunft zu berichten wäre. Auf Grund dieses Katalogs könnten wir dann auch das weitere Verfahren erörtern, insbesondere die künftigen Aufgaben unserer Beauftragten bzw. Kommissionen.

Dabei könnte es zweckmäßig sein, zu überlegen, ob wir ihnen nicht am Sitz unserer Regierungen angemessene permanente Arbeitsmöglichkeiten geben sollen. Dies sind meine prozeduralen Vorschläge. Sie mögen allzu maßvoll erscheinen. Aber wir können den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun. Nur wenn wir behutsam und realistisch ans Werk gehen, können wir dem gerecht werden, was unsere eigenen Landsleute und darüber hinaus viele Menschen in Ost und West von uns erwarten.